

15.00

Abgeordneter Heinz-Christian Strache (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Herr Justizminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren vor den Fernsehgeräten! Wir erleben seit geraumer Zeit immer wieder Beschwichtigungsversuche, wenn es um die Sicherheitsentwicklung in unserem Land geht, und wir müssen feststellen, dass die Sicherheit in vielen Bereichen leider Gottes nicht auf der Höhe der Zeit ist, um es einmal so zu nennen, und dass wir zum Teil eine durchaus katastrophale Situation erleben und wirklich ein Sicherheitsproblem in einigen Bereichen haben, ob das Einbrüche betrifft, ob das sexuelle Übergriffe betrifft oder letztlich noch dramatischere Straftaten wie die besonders grausame Ermordung einer Wienerin, wobei ich den Angehörigen auch von hier aus noch einmal mein aufrichtiges Beileid zum Ausdruck bringen möchte.

Wenn man die Hintergrundgeschichte dieser konkreten Tat beleuchtet, dann werden doch einige Fragen aufgeworfen, dann denkt man sich eigentlich: Das kann doch nicht sein, dass die Politik, der Rechtsstaat, die Justiz da so dramatisch versagt haben! Die Geschichte kennt man: Ein Kenianer hat sich offensichtlich jahrelang illegal in Österreich aufgehalten, dieser soll als Minderjähriger mit einem Tourismusvisum gekommen sein – wo man sich ja auch die Frage stellt, was damals im Umgang damit falsch lief –, in Folge wurde ein Asylantrag gestellt, der dann auch rechtskräftig abgelehnt wurde. Dann wurde trotz des illegalen Aufenthalts keine Rückführung, keine Abschiebung vorgenommen, und man war auch nach 18 Straftaten offensichtlich nicht in der Lage, den Herrn in Haft zu nehmen und zurückzuführen. Wir haben viele Begründungen gehört, warum das so der Fall gewesen ist, und das wirft schon viele Fragen auf, weil es ein völliges Scheitern des Systems offenkundig macht und wahrscheinlich auch nur die Spitze eines Eisbergs darstellt, wo Handlungsbedarf gegeben ist.

Tatsache ist, dass wir heute eine Kriminalitätsentwicklung haben, wo wir leider aufgrund der Zahlen erkennen müssen, dass die Kriminalität explodiert, dass aber auch die Ausländerkriminalität bei uns in Österreich massiv gestiegen ist, dass wir im letzten Jahr eine ungeordnete Zuwanderung erlebt haben, die zum Teil ebenfalls dafür verantwortlich ist, und dass gerade einmal ein Drittel der abgewiesenen Asylwerber entweder freiwillig ausreisen oder abgeschoben werden. Allein seit dem Jahr 2000 – das wissen wir heute aufgrund der Zahlen – haben sich an die 200 000 Einwanderer einen *illegalen* Aufenthalt in Österreich erkämpft. Das ist eine unglaublich hohe Zahl;

man glaubt es am Anfang gar nicht, wenn man sich nicht intensiv damit auseinandersetzt.

Ende April hat Franz Lang, der Direktor des Bundeskriminalamts, erklärt, dass der sprunghafte Anstieg der sogenannten Kleinstkriminalität eine Folge der Massenzuwanderung der letzten Monate ist. Unter Kleinstkriminalität fallen Raufereien, Körperverletzungen, kleine Messerstechereien, Diebstähle, aber auch der Drogenhandel – also das sind sogenannte Kleinstdelikte, damit man auch ein bisschen einordnen kann, was da unter den Begriff von Kleinstdelikten fällt.

Lang sagte – ich zitiere –: „Bei der Kleinstkriminalität sehen wir ganz deutlich, dass seitens der Täter und der Opfer jene Personen eine große Rolle spielen, die im Zuge der Migration in den vergangenen Monaten zu uns gekommen sind.“

Wir alle kennen aus den tagtäglichen Meldungen der diversen Tageszeitungen auch die Hotspots, vor allem im städtischen Bereich in Wien – ob das der Praterstern ist, ob das bei der Reichsbrücke ist, im Drogenhandel, U6 und viele andere Hotspots. Man hat heute wirklich Angst, sich als Bürger in diesem öffentlichen Raum zu bewegen, und ist wirklich oftmals mit Situationen konfrontiert, wo man irgendwie auch den Glauben an den Rechtsstaat verliert und fragt: Warum wird da nichts getan? Warum schaut man da weg, und warum werden wir Bürger in vielen Bereichen allein- und im Stich gelassen? Ich sage, da ist Handlungsbedarf gegeben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aus den Rohdaten des Sicherheitsmonitors, der alle polizeilich erfassten Delikte umfasst, ist ersichtlich, dass die Kleinkriminalität in Österreich ansteigt und auch, wer verantwortlich ist; das geht aus den Zahlen klar hervor. Ich zitiere Innenminister Sobotka, der gesagt hat: „Die Kriminalitätsdelikte steigen – unter Asylwerbern, auch im Übergriff gegenüber unserer Bevölkerung.“

Seit 2001 – so lange gibt es inzwischen methodisch unmittelbar vergleichbare Kriminalstatistiken – stieg die Zahl der österreichischen Tatverdächtigen von 156 720 auf 157 777 im Jahr 2015 an, und jene der ausländischen Tatverdächtigen hat sich im gleichen Zeitraum verdoppelt, nämlich von fast 47 256 auf über 92 804.

Immer wieder erreichen uns ja Meldungen solcher Straftaten, die auch in die Medien kommen – und vonseiten der Exekutive gibt es da durchaus Anmerkungen, dass neben einer Straftat, die von den Medien aufgegriffen wird, auch viele sozusagen im Dunkeln bleiben und nicht das Licht der Öffentlichkeit erblicken und die Zahl der Straftaten wesentlich höher ist. Vor wenigen Wochen haben drei afghanische Asylwerber eine Studentin am Praterstern auf brutalste Art und Weise vergewaltigt. Wir erleben dann auch, dass Fragen aufgeworfen werden; das war in der Berichterstattung

ebenfalls erkennbar, wo gesagt worden ist: Na ja, das sind minderjährige Täter, die sind gar nicht strafmündig, und wir können auch in Zukunft solche Straftäter nicht abschieben oder rückführen!

Da fehlt dann natürlich völlig das Verständnis, wenn solche Sachen letztlich auch in der Öffentlichkeit auftauchen und die österreichische Bevölkerung erkennen muss, dass man entweder bis dato offenbar nicht ausreichend sichergestellt hat, mittels Gesetzen, damit es da auch zu entsprechenden Konsequenzen kommt, oder man das nicht will, aus welchen Gründen auch immer. Da ist massiver Handlungsbedarf gegeben! (*Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. Hagen.*)

Der mutmaßliche Mörder von Ottakring, der 2008 eben als 13-Jähriger mit einem Touristenvisum eingereist ist, hat in Folge unzählige Delikte begangen: Körperverletzungsdelikte, Suchtgifthandel, Diebstahl, Sachbeschädigung, dann soll offenbar auch die Exekutive attackiert worden sein, und viele weitere Bereiche, die dann die Justiz beschäftigt haben. Er hätte längst abgeschoben werden müssen, und dann hört man, dass es keine Heimreise- oder Rückreisezertifikate gegeben hat, weil Kenia diese angeblich nicht ausgestellt hat, wobei aber der Botschafter wieder etwas ganz anderes sagt, nämlich: Es wäre überhaupt kein Problem gewesen, das zu handhaben!

Da muss man schon nachfragen: Woran liegt es? Wenn es diese Zertifikate nicht gibt, dann muss ich auch fragen, warum dann nicht der Außenminister entsprechend mit diesen Ländern verhandelt. Andere Länder tun das, andere Länder verhandeln mit den betreffenden Ländern, wenn das nicht der Fall ist, und setzen eben entsprechend Druckmittel ein. Es gibt Förderungen vonseiten der Europäischen Union, auch in diesem Bereich, und da muss man klar und deutlich sagen: Entweder seid ihr bereit, eure Kriminellen zurückzunehmen, oder wir stellen gewisse Förderungen für Aufbau und Strukturarbeiten in diesen Ländern ein! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich glaube, dass dies sehr wohl von Erfolg gekrönt wäre, wenn man das ernsthaft und nachhaltig angeht. Es stellt sich die Frage: Was ist da wirklich der Hintergrund?, denn auch das ist ja in Wirklichkeit bis dato ungeklärt. Man hat unterschiedliche Begründungen gehört, warum das nicht funktioniert: bürokratische Hemmnisse, die es da gegeben haben soll, und dass letztlich, wie gesagt, kein Rückübernahmeabkommen gegeben gewesen sein soll, wie zumindest Innenministeriumssprecher Karl-Heinz Grundböck erklärt hat.

Das gehört einfach abgestellt, und da möchte ich konkret wissen, wie man das in Zukunft vermeiden wird, denn ich höre auch von pakistanischen Gesprächspartnern

aus der Botschaft die Aussage: Ja, man muss halt mit uns reden, wir wären ja bereit, das sicherzustellen! Auch dort gibt es einige Fälle, die aufliegen, und da höre ich immer vonseiten der Botschaftsvertreter: An uns liegt es nicht, wir sind bereit! – Ich glaube also, das muss vonseiten der Regierungsvertreter doch irgendwie mit einer anderen Hartnäckigkeit betrieben werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im Falle eines negativen Asylbescheids wäre natürlich auch Handlungsbedarf gegeben. Es kann nicht sein, dass man nach einem negativen Asylbescheid, der rechtskräftig ist, wegschaut, die Menschen in die Illegalität abtauchen und man einfach untätig bleibt. Das ist fahrlässig! Das ist grob fahrlässig und führt natürlich auch zu dramatischen Sicherheitsdefiziten. Ich sage: Da muss man alles tun, um die rechtlichen Möglichkeiten entweder zu optimieren oder auszuschöpfen, aber da muss auch der Wille da sein!

Bis dato habe ich in den letzten Jahren immer erlebt, dass von unserer Seite mehrfach auf diese Probleme hingewiesen wurde, das aber dann wieder so dargestellt worden ist, als würden wir uns an Einzelfällen aufhängen. Wenn ich mir die Zahlen anschau: Das sind bei Gott keine Einzelfälle, im Gegenteil! Das ist eine massive Fehlentwicklung, die sich eingeschlichen hat, wo man vor Jahren schon hätte gegensteuern müssen, aber spätestens jetzt.

Machen wir uns nichts vor: Selbst bei Rückschiebungen nach dem Dublin-Abkommen – also in das EU-Land, über das der illegale Einwanderer nach Österreich eingereist ist – tut sich Österreich heute schwer. Das heißt, man tut sich bei aufrechten Gesetzen schwer, und es warnt der UN-Flüchtlingshochkommissar vor Abschiebungen nach Ungarn oder Slowenien, da diese Länder diese Menschen dann eventuell nach Serbien abschieben würden. Da fragt man sich: Bitte, was geht da vor, wenn solche Gesetze vorhanden sind und man dann alles verunmöglicht? Dann darf man sich auch nicht wundern, dass man sich selbst ad absurdum führt, wenn nicht einmal Abschiebungen im Sinne der vorgegebenen Gesetze erfolgen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In der Folge bildet sich natürlich auch ein Rückstau an abgelehnten Asylwerbern, sofern sie dann nicht einen humanitären Aufenthaltstitel erhalten, wie das im Vorjahr 4 596 Mal geschehen ist. Dem stehen dann 24 017 angebliche Flüchtlinge gegenüber, deren Asylanträge abgelehnt worden sind. Freiwillig sind davon im vergangenen Jahr nur 759 über das Rücksiedlungsprogramm in ihre Heimat zurückgekehrt, weitere 5 087 abgelehnte Asylwerber – sprich: keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention – reisten freiwillig aus, 3 278 unfreiwillig in Begleitung der Exekutive. Da wird ja jetzt dankenswerterweise vom Verteidigungsminister zumindest die Überlegung geprüft, ob

es nicht gescheit wäre, in Zukunft, so wie andere EU-Länder das machen, die Abschiebungen gemeinsam mit dem Bundesheer, vielleicht auch mit einer Transportmaschine, effizienter und vielleicht kostengünstiger zu gestalten, damit man das nicht in Maschinen der zivilen Luftfahrt machen muss, wo dann natürlich andere Passagiere oftmals Szenen erleben, weil die Abzuschiebenden sich entsprechend benehmen, um eben eine Abschiebung zu verhindern. Da muss man sich natürlich Gedanken machen.

Insgesamt hat also gerade ein Drittel der rechtskräftig abgelehnten Asylwerber – sprich: **keine** Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention – im Jahr 2015 Österreich verlassen, und 15 000 leben de facto illegal in Österreich. Das zeigt, dass das nur die Spitze des Eisbergs ist, und da **ist** Handlungsbedarf gegeben.

Eine 2014 erschienene Studie der Universität Wien weist nach, dass diese Kluft in Österreichs Abschiebepolitik seit Jahren üblich ist. Zwei Drittel der jährlich Abzuschiebenden werden stillschweigend bei uns illegal toleriert. Seit dem Jahr 2000 haben sich so rund 200 000 Personen einen illegalen Aufenthalt erkämpft, wie dies eben auch in dem Fall des mordverdächtigen Kenianers geschehen ist, wo man weggeschaut hat, und das ist wirklich ungeheuerlich.

Ich sage: Dieses Gefährdungspotenzial ist real, und das erlebt ja auch die Bevölkerung, weil dann eben natürlich oftmals kriminelle Strukturen entstehen – wie Bandenkriege, die öffentlich ausgetragen werden, wo Leute in den öffentlichen Verkehrsmitteln damit konfrontiert werden und Angst haben –, und da muss man natürlich eingestehen, dass dies zum Teil auch eine falsche Asyl- und Zuwanderungspolitik verursacht hat und dass man die Probleme zum Teil auch ignoriert hat.

Ich denke, dass diese Probleme jetzt rasch angegangen werden müssen, und diejenigen Personen, die keinen aufrechten Aufenthaltstitel haben, mit allen gesetzlichen Maßnahmen, die wir notfalls eben auch optimieren müssen, konsequent in ihre Herkunftsländer zurückgebracht werden müssen. Das erwartet die österreichische Bevölkerung von uns, und das ist auch notwendig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrte Damen und Herren, ein Argument nur, weil gesagt worden ist, 2008 sei der damals unbegleitete Minderjährige aus Kenia mit einem Touristenvisum eingereist: Wenn dem so war, wie das zumindest in den Raum gestellt worden ist, dann hätte Kenia ihn eigentlich so oder so zurücknehmen müssen. Da muss also auch hinterfragt werden: Was stimmt da jetzt in der gesamten Thematik zu diesem Fall?

Das Problem der Rücknahme haben wir aber nicht nur mit Kenia, sondern durchaus auch mit vielen anderen Ländern. Menschen sind von diesen Ländern aufgebrochen, haben unter dem Deckmantel des Asyls dann einen Antrag gestellt, der am Ende eben rechtskräftig abgelehnt wird, und wir haben dann Probleme. Deshalb ist eben jetzt das Außenamt gefordert, diesbezüglich mit den Ländern entsprechende Schritte über den Verhandlungsweg sicherzustellen – andere Länder haben das gemacht: Auf der Ebene der Europäischen Union gibt es Länder wie Frankreich oder Spanien, die mit Kenia oder auch anderen Ländern, mit denen wir Schwierigkeiten haben, längst diese Verhandlungen geführt haben und Ergebnisse erzielt haben.

Wie gesagt gibt es bereits Probleme bei der Rückführung von Asylwerbern gemäß dem Schengen- und Dublin-Abkommen in **andere EU-Länder** – auch das gehört endlich abgestellt. Das kann ja nicht sein! Ich meine: Nimmt sich die Europäische Union selbst noch ernst, ja oder nein? – Das ist die Frage, denn: Wozu gibt man sich diese Gesetze, wenn man sie dann selbst wieder unterläuft? Das passt einfach nicht zusammen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Koalition hat sich zu sehr auf das Funktionieren dieser Abkommen verlassen und diese dann mit Aufweichungen des Asylgesetzes auch noch selbst torpediert. Das muss man ebenfalls kritisch anmerken.

Jetzt erst wird in der Kriminalitätsstatistik sukzessive abgebildet, was die österreichische Bevölkerung aus leidvoller Erfahrung – denn das sind die oft direkt Betroffenen – schon lange spürt und auch weiß und wovor wir immer wieder eindringlich gewarnt haben. Aus der Beantwortung einer Anfrage, die unsere beiden Abgeordneten Kumpitsch und Darmann gestellt haben, geht hervor, dass es in Österreich im Jahr 2015 zu 3 368 Polizeieinsätzen in und im Umfeld von Asylheimen und Transitunterkünften gekommen ist. Von 1. Jänner bis 16. März 2016 gab es 1 676 weitere Einsätze der Exekutive in diesem Umfeld. In Summe sind das 4 970 Einsätze – das sind zirka 11 Polizeieinsätze täglich. Diese Zahlen belegen, dass da natürlich ein Sicherheitsrisiko gegeben ist, das man nicht wegdiskutieren kann.

Wir brauchen daher jetzt wirklich konkrete Schritte, nämlich kürzere Asylverfahren, konsequente Rückführungen und Abschiebungen und vor allen Dingen auch ein härteres Vorgehen gegen kriminelle Asylwerber. Es kann nicht sein, dass Personen, die einen Asylantrag stellen, dann Straftäter werden und rechtskräftig verurteilt werden, am Ende auch noch den Asyltitel erhalten. Da muss wirklich etwas verändert werden! *(Beifall bei FPÖ.)* Das versteht kein normal denkender Mensch, dass so etwas in unserem Land überhaupt möglich sein kann.

Ich sage: Das sind alles notwendige Maßnahmen – bis hin zu einer Haft, solange die Abschiebung nicht stattfinden kann. Die Schweiz macht das, und das ist auch notwendig, das machen auch andere Länder. Meiner Meinung nach sind das alles Maßnahmen, die sich die österreichische Bevölkerung – zumindest ein Großteil der Bevölkerung – wünscht und die man auch von einer österreichischen Bundesregierung erwartet. Letztlich haben wir die Verantwortung, in diesen Bereichen die entsprechenden Schritte zu setzen.

Ich hoffe, dass die von uns eingebrachten Anträge endlich auch ernsthaft behandelt werden und dann hier im Hohen Haus Zustimmung erhalten und dass man vonseiten der Regierungsvertreter gegensteuert, auch Sie, Herr Justizminister: Ich habe ja auch wahrnehmen können, dass Sie da selbst aufgrund des einen konkreten Falls – es wird viele andere geben, aber aufgrund des einen konkreten Falls – sehr verärgert reagiert haben, weil da einiges durchgerutscht ist und man offenbar auch vonseiten der Justizverantwortlichen nicht gerade verantwortungsvoll vorgegangen ist.

Ich ersuche daher, es nicht an dem Einzelfall aufzuhängen, sondern an der Gesamtsituation, dass wir viele solche Situationsbilder haben, und ich hoffe, dass da wirklich von Ihrer Seite gegengesteuert wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

15.19

Präsidentin Doris Bures: Zur Beantwortung der Anfrage hat sich Herr Bundesminister Dr. Brandstetter zu Wort gemeldet. Herr Bundesminister, Ihre Redezeit soll 20 Minuten nicht überschreiten. – Bitte.